



Energienachrichten

aus der Allianz der Umweltbewegung

Februar 2018

Leitgedanken zur klimafreundlichen Energiewende:

Bürgerinitiativen gegen Stromnetzbetreiber

Eine oberösterreichische Initiative blockiert ganz ohne Beteiligungsrechte seit acht Jahren den Bau einer Freileitung und brachte den Fall inzwischen bis vor den EuGH. Zur Vermeidung solcher Konflikte braucht es bereits auf der strategischen Ebene Kriterien für eine Alternativenprüfung.

Warum Weltretten der Wirtschaft nutzt.

Zugang zu sauberer Energie und Klimaschutz sind nur zwei von 17 Zielfeldern der Vereinten Nationen, die innovative Lösungen für globale Herausforderungen erfordern. Mit deren Umsetzung bis 2030 eröffnet sich ein Weltmarkt von 12 Billionen (!) Dollar. Ein Kommentar von Thomas Alge, zuerst erschienen in Der Standard und derstandard.at.

ÖKOBÜRO ist die Allianz der Umweltbewegung. Dazu gehören 16 österreichische Umwelt-, Natur- und Tierschutz-Organisationen wie GLOBAL 2000, Greenpeace, Naturschutzbund oder der WWF. ÖKOBÜRO arbeitet auf politischer und juristischer Ebene für die Interessen der Umweltbewegung.

Bürgerinitiativen gegen Stromnetzbetreiber

Um mit uns über einen der heißesten Konflikte der Energiewende zu diskutieren, folgten am 25. Jänner die Netz Burgenland, die APG, das Umweltministerium, die Bürgerinitiative 110kV adé! und viele interessierte Zuhörende unserer Einladung.

Bürgerinitiativen aus Misstrauen. ÖKOBÜRO-Geschäftsführer Thomas Alge skizziert das Problemfeld. Für den Ausbau des Stromnetzes muss der Grundsatz lauten: So viel wie für eine sichere Energiewende nötig, aber so wenig und so schonend für Mensch und Umwelt wie möglich. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass über die Fragen des „wie viel“ und des „auf welche Art“ in den Projektgenehmigungen nicht konstruktiv verhandelt werden kann. Denn solche Alternativenprüfungen werden von wesentlich grundlegenden Konflikten überlagert. So herrsche vielerorts in der Bevölkerung tiefes Misstrauen darüber, dass Projekte der in Landesbesitz befindlichen Netzbetreiber von den Landesbehörden geprüft und genehmigt werden. Dieses erwecke den Anschein der „Verbandelung“ von Projektwerber und Genehmigungsbehörde und lasse oft erst Bürgerinitiativen überhaupt entstehen.



Thomas Alge, ÖKOBÜRO



Foto: gyn9037/shutterstock

Netzausbau zu langsam für Erneuerbare.

Für Peter Sinowatz, Geschäftsführer des Verteilnetzbetreibers Netz Burgenland, ist der Netzausbau unumgänglich. Dank der Windkraft erzeuge das Burgenland seit 2013 mehr Strom als es selbst benötige. An windstarken Tagen ist die Produktion dabei vielfach höher als der Verbrauch – so erzeugten burgenländische Windräder am 11. Dezember fünfmal so viel Strom wie das Burgenland verbrauchte. Der Überschuss von bis zu 800 Megawatt – das entspricht etwa viereinhalbmal der Leistung des Donaukraftwerks Wien-Freudenau – muss in solchen Situationen über ein genügend starkes Netz abtransportiert werden können. Außerdem erinnert Sinowatz an das Ziel im Regierungsprogramm, Österreich bis 2030 bilanziell mit Strom aus erneuerbaren Quellen versorgen zu können. Der Stromverbrauch werde dabei massiv steigen, pflichtet Gerhard Christiner bei, Vorstand des Übertragungsnetzbetreibers APG. Schließlich sei es das Ziel, bis 2050 weitgehend auf fossile Energieträger auch bei Wärme und Mobilität zu verzichten. Globale Trends ließen zudem zusätzlich den Stromverbrauch explodieren. So benötigt allein die Erzeugung der Kryptowährung Bitcoin im Internet so viel Strom wie ganz Ungarn. Das alles erfordere einen weiteren massiven Ausbau vor allem von

Windkraft und Photovoltaik, mit dem der Ausbau des Netzes derzeit nicht schritthalte.

Ohne Parteirechte bis zum EuGH. Dass umstrittene Leitungen auch ohne Öffentlichkeitsbeteiligung nicht rasch gebaut werden, zeigt ein Fall aus Oberösterreich. Seit acht Jahren blockiert die Bürgerinitiative 110kV adé die geplante Freileitung zwischen Kirchdorf und Vorchdorf. Laut Michael Praschma, Sprecher der Initiative, war die Beteiligung der Grundeigentümer am Naturschutzverfahren nicht vorgesehen. Trotzdem von ihnen eingebrachte schriftliche Argumente und Vorschläge wurden von der Behörde ignoriert. Zudem schien ihnen offensichtlich, dass die Netz OÖ die Rückendeckung der Landesregierung genieße. Daher begannen sie sich als Bürgerinitiative mit jedem erdenklichen rechtlichen Mittel zu wehren. Zuletzt führte der Streit bis vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Dieser hat jetzt zu entscheiden, ob für die Leitung nicht überhaupt eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen ist. Der europäische Generalanwalt schloss sich in seiner Sichtweise bereits jener von 110kV adé an. Damit stehen die Chancen gut, dass der EuGH diese ebenfalls bestätigt. In Folge würden alle bisher erlassenen Bescheide ungültig und der Genehmigungsprozess müsste nach mehr als acht Jahren von vorne beginnen – nur diesmal eben mit Parteistellung der Bürgerinitiative, die in der UVP vorgesehen ist.

Umweltverfahren strategisch entlasten.

Für Thomas Alge ist der beschriebene Konflikt symptomatisch. Die Prüfung von Alternativen wie den Ersatz von Freileitungen durch – auch aus dem Publikum vehement geforderte – Erdkabel kann nicht erst auf der Projektebene geschehen. Vielmehr braucht es bereits auf höherer, strategischer Ebene Entscheidungskriterien dafür. Diese müssen im Konsens der verschiedenen Interessen erstellt werden, bevor Projektakten ganze Räume ausfüllen. Dafür in Frage kommt nur die Durchführung einer Strategischen Umweltprüfung (SUP) unter eingehender und frühzeitiger Beteiligung der Öffentlichkeit, aus deren Ergebnis die konkreten Leitungsprojekte dann ihre Vorgaben ableiten könnten. Außerdem regt Alge an, beim Umweltministerium eine weisungsfreie UVP-Behörde einzurichten, um Vertrauen in die Unabhängigkeit der Prüfung aufzubauen. Waltraud Petek, Leiterin des anlagenbezogenen Umweltschutzes im Umweltministerium, befürwortet ebenfalls eine SUP als Grundlage für die Stromnetzplanungen. Solche Überlegungen seien bisher aber am Wirtschaftsministerium gescheitert. Für eine eigene UVP-Behörde beim Bund hat sie jedoch wenig Hoffnung: Die Budgetlage sei dafür nicht günstig. Auch für Netzbetreiber Sinowatz muss eine Alternativenprüfung bereits vor den Genehmigungsverfahren geschehen. Wenn es einmal so weit sei, dass man Genehmigungen für konkrete Projekte einhole, habe man bereits zu viel Geld investiert um dann noch alles zu ändern.



Von links nach rechts: Gerhard Christiner, APG, Waltraud Petek, BMNT, Thomas Alge, ÖKOBÜRO, Peter Sinowatz, Netz Burgenland, Michael Praschma, 110 kV adé! und Moderatorin Monika Auer, ÖGUT

Warum Weltretten auch der Wirtschaft nutzt

Ob Investitionen in erneuerbare Energien oder CO₂-neutrale Stahlerzeugung. Die Geschäftsfelder rund um den Klimaschutz sind vielfältig. Zugang zu sauberer Energie und Klimaschutz sind aber nur zwei von 17 Zielfeldern der Vereinten Nationen, die innovative Lösungen für globale Herausforderungen erfordern. Der folgende Beitrag erschien zuerst als Gastkommentar in Der Standard und auf derstandard.at



Thomas Alge ist Umweltjurist, Geschäftsführer von ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung und Mitbegründer der SDG Watch Austria; Foto Wilke

Insgesamt achtmal nannte letztes Jahr die gemeinsame Abschlusserklärung der G20 Staats- und Regierungschefs die Agenda 2030 – auch bekannt als die 17 Sustainable Development Goals (SDGs). Kein Wunder, alleine bei Umsetzung der SDGs für Landwirtschaft, Stadtentwicklung, Gesundheit sowie Energie und Ressourcen beläuft sich das Geschäftspotential auf bis zu 12 Billionen Dollar – das sind mehr als 9.700 Milliarden Euro. Die möglichen Geschäftsmodelle sind in Industriestaaten wie Österreich vielfältig. In erster Linie werden jene Unternehmen profitieren, deren Geschäftsmodell unter Berücksichtigung sowohl der ökonomischen als auch der sozialen und ökologischen Dimension zur Lösung globaler Herausforderungen beiträgt – sei es der Stopp der Klimaerhitzung, die Endlichkeit wichtiger Ressourcen oder die Digitalisierung der Arbeitswelt. Das Potential ist dabei gerade in Österreich enorm. Unsere Umweltstandards für Trinkwasserqualität, Abfallwirtschaft oder industrielle Luftfilter waren schon hoch, lange bevor die EU diese hohen Qualitäten als Maßstab für Europa übernommen hat.

Anknüpfen, beschleunigen. In Folge entwickelten heimische Firmen extrem viel Know How zur Erreichung dieser Qualitäten und exportierten dieses schließlich in alle Welt. An diese Tradition, die zahlreiche im internationa-

len Vergleich eher kleine oder mittlere österreichische Industriebetriebe bis an die Spitze der Weltmärkte aufsteigen ließ, können wir mit einer ambitionierten und vor allem raschen Umsetzung der SDGs anknüpfen. Derselbe Effekt zeigte sich, als die dänische Politik schon früh die strategische Entscheidung gefällt hat, künftig die Stromversorgung primär durch Windenergie sicherzustellen. Heute deckt Dänemark nicht nur bereits knapp die Hälfte seines Strombedarfs aus Wind, das Land ist auch zu einem der führenden Standorte für Entwicklung und Produktion von Windkraftanlagen geworden. Klimaschutz und der gesicherte Zugang zu modernen und sauberen Energien stehen übrigens im Mittelpunkt gleich zweier SDGs.

Die Voestalpine setzt auf dieses Pferd. In Linz errichtet sie derzeit gemeinsam mit Siemens und dem Verbund eine der weltweit größten Pilotanlagen, um künftig den Wasserstoff für die Stahlerzeugung aus Ökostrom statt aus Erdgas zu erzeugen. Dies ist der nächste Schritt des Konzerns hin zur angestrebten völligen Dekarbonisierung aller Produktionsschritte. Angesichts internationaler SDG-Umsetzung und dem damit einhergehenden Pariser Klimaschutz-Abkommen stehen die Chancen gut, dass die CO₂-neutrale Stahlerzeugung die Voestalpine auf Jahrzehnte erneut zum internationalen Vorreiter und Technologie- und Anlagenexporteur machen wird – wie schon einmal, bevor die Patente des in den späten 1940ern entwickelten LD-Verfahren ausliefen.

Lokal, regional. Aber auch heimische Unternehmen, deren Geschäfte weder mit erneuerbaren Energien noch mit Energieeffizienz zu tun und außer ihrem Fuhrpark oder der Büroheizung nichts zu dekarbonisieren haben, werden indirekt von der Umsetzung der beiden Energiewende- und Klimaschutz-SDGs profitieren. Österreich bezahlt jährlich viele Milliarden Euro für den Import von Erdöl und -gas. Kaufkraft, die unwiederbringlich aus Ös

terreich abfließt und allzu oft auf den Konten multinationaler Konzerne, russischer Oligarchen oder arabischer Scheichs verschwindet. Ersetzen wir diese Importe durch im Land erzeugte grüne Energie oder durch Energieeinsparungen, beleben diese Milliarden stattdessen den heimischen Wirtschaftskreislauf. Errichtung, Wartung und Betrieb der Energieerzeugungsanlagen und alle möglichen Dienstleistungen rund um Energieeffizienz sichern schon heute tausende österreichische Arbeitsplätze. Und je größer der heimische Anteil am Energiekuchen wird, desto mehr Beschäftigte aus dem Sektor werden ihren Verdienst wieder in Österreich ausgeben können. Ähnlich positive Mechanismen wirken auch bei Umsetzung der anderen SDGs. Dafür braucht es aber den politischen Willen und den Ehrgeiz, die SDG-Umsetzung als nachhaltigen Turbo für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu nutzen. Davon ist in Österreich bislang wenig zu spüren.

Strategie und Strukturen. Ganz im Gegensatz zu Deutschland. Dort lässt sich der Fortschritt im Detail natürlich kritisieren, wenn man etwa beim Klimaschutz einen Schlingerkurs fährt, weil man zwischendurch Angst vor der eigenen Courage bekommt. Aber im Gegensatz zur österreichischen kann man der deutschen Regierung immerhin zugutehalten, dass sie eine Strategie und die Strukturen geschaffen hat, mit der sich die Ziele erreichen lassen. Die SDG-Umsetzung ist in Deutschland zu Chefsache erklärt worden,

Kanzlerin Merkel selbst führt und verantwortet den politischen Prozess. Unterstützt wird sie dabei von Staatssekretären aus allen Ressorts, die die Zusammenarbeit der Ministerien bei der SDG-Umsetzung koordinieren. Ein Sachverständigenrat aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft war schon an der Erstellung der Strategie beteiligt und sorgt durch laufendes Monitoring und regelmäßige Berichte über den Fortgang für Transparenz.

In Österreich gibt es bislang weder Leadership noch eine Strategie. Es mangelt an Transparenz über etwaige Pläne der Regierung zur SDG-Umsetzung und die einzig vorhandene Struktur ist eine Arbeitsgruppe auf Beamtenebene, die seit rund zwei Jahren ohne echten politischen Auftrag alleingelassen wird. Wenn wir die vielfältigen Chancen der SDG-Umsetzung für Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und auch die öffentlichen Haushalte nutzen wollen, muss sich das rasch ändern. Ein Blick über die Grenzen nach Deutschland, nach Tschechien oder zu den skandinavischen Ländern zeigt, wie es gehen kann. Leadership, Partizipation und Transparenz sind dabei die wichtigsten Zutaten, um den Umsetzungsprozess in Gang zu bringen. Als erstes muss daher Bundeskanzler Kurz Verantwortung übernehmen und Führungsqualitäten zeigen. Die österreichische Zivilgesellschaft steht jedenfalls zur Unterstützung bei Entwicklung von Strategie und Strukturen bereit – SDG Watch Austria versammelt mittlerweile die Expertise von 123 Organisationen in ihren Reihen.

